

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

23.10.1884 (No. 251)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 23. Oktober.

N^o 251.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile ober deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung für die Monate November und Dezember werden bei allen Postämtern Deutschlands, bei der Expedition, sowie bei den H. Agenten angenommen.

Amtlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordres vom 14. bezw. 18. d. Mts. ist Folgendes bestimmt worden:

1. Badisches Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109:
Erbgroßherzog von Baden Königl. Hoheit, Major à la suite des 1. Garde-Regiments zu Fuß und des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, unter Befehl in diesem Verhältnis, auch à la suite des 1. Garde-Manen-Regiments gestellt.

Von der Esch I., Secondelieutenant, scheidet, behufs Uebertritts zur Marine, aus; gleichzeitig als Secondelieutenant im Seebataillon ange stellt.

2. Badisches Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm Nr. 110:

Wachelin I., Premierlieutenant à la suite, unter Befehl in seinem Kommando als Adjutant bei der 61. Infanterie-Brigade, zum 7. Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 69, à la suite desselben, versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 22. Oktober.

Zu Uebereinstimmung mit dem mehrfach erwähnten Verhalten der Zentrumsparthei angeht die bevorstehenden Reichstags-Wahlen empfiehlt die „Germania“ auch für Berlin ihren Parteigenossen aufs dringendste, die fortschrittlichen „Herren Ludwig Löwe und Albert Träger sofort im ersten Wahlgang nach Kräften zu unterstützen“, nachdem das katholisch-lexikale Organ die sämtlichen „so genannten konservativen Kandidaten“ Berlins für unannehmbar erklärt hat. Dazu bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“:

„Zu den „so genannten konservativen Kandidaten“ gehört bekanntlich auch Herr Stöcker, der am Freitag in einer Versammlung der christlich-socialen Partei bei Besprechung der verschiedenen Wahlprogramme dem Centrum und dem Zusammengehen der Konservativen mit demselben gegenüber den mittelparteilichen Bestrebungen noch viel freundliche Worte gemeldet hatte. Werden dem „Reichsboten“ über die sittlich-religiösen Tendenzen der „Germania“ nun andere Vorstellungen aufgegeben? ... Neben der biederen Gewissenhaftigkeit, mit welcher die evangelischen Orthodoxen sogar an der gemäßigten Toleranz der Reichspartei Anstoß nehmen und, nur den ähnl. Amstod im Auge, mit der äußerlichen Orthodoxie des Zentrums gemeinliche Wege wandeln zu können glauben, macht es allerdings einen dralischen Eindruck, wenn die „Germania“, wo es den Parteigenossen gerade angemessen erscheint, müder mit den fortschrittlichen Fortschritten launet. Bekreiden kann dies Schauspiel aber doch nicht nur solche Kurzsichtige, die trotz aller Erfahrungen hinter den bald salbungsvollen, bald grotesken Tiraden der Zentrumsparthei auch nur einen Schatten „sittlich-religiöser Tendenz“ im evangelisch-orthodoxen Sinne suchen. Die Zentrumsparthei ist über Anwandlungen des Sentiments überall erhaben; sie sucht ihre Freunde aus dem Gesichtspunkte der Utilität und würde unbedeutend auch den Gottseibeiuns für ihr Zwecke verwerten, wenn er sich von den Herren ebenso gelehrt wie die Fortschrittsleute dazu verwenden ließe.“

Die jüngsten Vorkommnisse im ungarischen Reichstag

bedürfen — so schreibt man uns aus Wien — einer kurzen Erklärung.
Es handelt sich um die Bedeutung der Drei-Kaiser-Begegnung. Ein etwas knapp gefasster Passus der Thronrede, vielleicht darauf berechnet, die Diskussion über auswärtige Fragen überhaupt im ungarischen Parlament einzuschränken und dieselbe den alsbald zusammenzutretenden Delegationen zu überlassen, hatte einen eben so knappen, aber Mißdeutungen und willkürlichen Auslegungen aller Art Raum gebenden Passus in dem Adressentwurf der liberalen Regierungspartei hervorgerufen, und die Kommentare, welche beide Rundgebungen in der Presse erfuhren, waren nur zu geeignet, bezüglich der in der Reichstags-Majorität herrschenden Stimmung ernste Besorgnisse zu wecken. Das Bündniß Oesterreichs mit Deutschland wurde in einen Gegensatz zu dem Bündniß mit Rußland gebracht, der Rußland nicht bloß verlegen mußte, sondern auch zu der Thatsache der Monarchen-Begegnung und zu der Beurteilung derselben in der öffentlichen Meinung in schroffem Widerspruch stand. Das mußte nach drei Seiten hin unangenehm berühren, in der westlichen Reichshälfte, wo man jene Begegnung rückhaltlos als eine neue und wertvolle Friedensbürgschaft aufgefaßt, in Deutschland, welches alles gethan, ein allseitig befriedigendes und vertrauensvolles Verhältnis zu Rußland zu begründen, und — selbstver-

ständlich — in Rußland, welches dabei das loyalste Entgegenkommen an den Tag gelegt. So war es die Aufgabe und die Pflicht der ungarischen Regierung, wenigstens ihre Stellung klar und entschieden darzulegen, und das hat sie durch den Mund des Ministerpräsidenten gethan. Herr v. Tisza acceptirt den Friedensgedanken des österreichisch-deutschen Bündnisses in seiner ganzen Tragweite, er betrachtet dieses Bündniß als die Voraussetzung eines aufrichtigen Freundschaftsverhältnisses zu Rußland, aber auch umgekehrt dieses Freundschaftsverhältnisses als die notwendige Konsequenz jenes Bündnisses, und er erklärt die Monarchen-Begegnung nicht als eine Schwächung, sondern als eine Stärkung und in gewissem Sinne als eine Erfüllung der Tendenzen des Zwei-Kaiser-Bündnisses. ...

So klar er übrigens das alles gesagt, auch an seine Erklärungen haben sich wieder Interpretationen geheset, die vielleicht nicht tendenziös gemeint sind, aber weder von politischer Einsicht noch von politischem Takt zeugen. Allerdings entspricht es den Thatsachen, daß zwischen der österreichisch-deutschen Allianz und zwischen den Beziehungen zu Rußland wesentliche Unterschiede bestehen, aber es ist schwerlich politisch klug und feinsichtig, diese Unterschiede Rußland gegenüber fortgesetzt zu betonen, gegenüber Rußland, das man doch in den Wagnen wachsender Annäherung an Oesterreich und Deutschland erhalten will.

Der Kern des österreichisch-deutschen Bündnisses ist ein rein defensiver und gerade er hat den Anschluß Rußlands ermöglicht. Die Basis des neuen Verhältnisses ist die Gemeinsamkeit des Friedensbedürfnisses und des Friedensinteresses. Beide mögen in Oesterreich und in Deutschland stärker empfunden werden als in Rußland, aber um so dankenswerther sind die Bestrebungen Alexanders III., entgegengelegte Regungen der öffentlichen Meinung niederzuhalten und ihnen den Gedanken weiser Selbstbeschränkung entgegenzustellen. Ihm dabei Schwierigkeiten zu bereiten, wie man es jetzt in Ungarn versucht hat und versucht, das ist, wenn nicht geradezu eine Gewissenlosigkeit gegen den eigenen Staat, so doch eine grenzenlose Oberflächlichkeit und Gedankenlosigkeit.

Dem Bundesrathe sind die Etats für den Reichsanwalt und die Reichsjustizverwaltung, für die Reichs-Eisenbahn-Amt und für den Rechnungshof zugewandt. Der ersannene Etat weist in Einnahme 2699 M., um 124 M. mehr als im Vorjahre, in Ausgabe 141,360 M., um 14,390 M. mehr als pro 1884/85 auf. Die Mehrausgabe resultirt aus der Notwendigkeit der Vermehrung des Beamtenpersonals der Reichsjustiz, sowie den gesteigerten Kosten für die bauliche Unterhaltung des Reichsanwalt-Palais. Der Etat der Reichsjustizverwaltung weist in Einnahme 459,104 M., das sind um 26,677 M. mehr als pro 1884/85, auf. Die Steigerung der Einnahmen entfällt hauptsächlich auf die Gerichtskosten vom Reichsgericht, welche mit 403,000 M., also mit 26,000 M. höher als im Vorjahre eingestellt sind. Die dauernden Ausgaben des Reichsjustiz-Amtes sind mit 510,080 M. im Ganzen um 3180 M. höher als pro 1884/85, angelegt. Die dauernden Ausgaben für das Reichsgericht werden mit 1,108,350 M., um 32,100 M. mehr als im Vorjahre veranschlagt. Neu eingestellt ist zunächst ein Reichsanwalt (12,000 M.), dessen Anstellung eine notwendige Folge der vom 1. April 1884 ab erfolgten Errichtung eines vierten Strafsenats ist. Die Verrichtungen der Reichsanwälte anlangend, sind neben den Strafsachen die Verhandlungen vor dem Disziplinarhofe und dem Ehrengerichtshofe für Rechtsanwälte sowie in Ehefachen, ferner die Geschäfte in Betrach zu ziehen, welche sich aus der Wahrnehmung der Rechte der Staatskasse bei dem Verfahren über Erinnerungen gegen den Kostenanlass oder über Beschwerden in Betreff des Kostenanlasses ergeben. Der Obergerichtsanwalt, dem die Leitung und die Kontrolle des ganzen Geschäftsbetriebes bei der Reichsanwaltschaft obliegt, kann sich bei der Verhandlung und Bearbeitung von Strafsachen nur in geringem Maße betheiligen. Die anderen Mehrausgaben vertheilen sich auf die notwendige Vermehrung der unteren Beamtenstellen. Die Wohnausgaben-Zuschüsse, persönliche, sachliche und vermischte Ausgaben sind auf 234,498 M. veranschlagt, so daß sich der Etat des Reichsgerichts auf 1,343,348 M. stellt; hierzu der Etat des Reichs-Justizamtes mit 510,080 M., ergibt eine Gesamtausgabe für die Justizverwaltung von 1,853,428 M., um 29,161 M. mehr als pro 1883/84. Bemerken wollen wir, daß eine Position für den Bauhof des Reichsgerichts-Gebäudes in Leipzig nicht eingestellt ist. Der Etat des Reichs-Eisenbahn-Amtes ist in Einnahme mit 924 M. und in Ausgabe mit 310,365 M. veranschlagt. Der Etat des Rechnungshofes weist in Einnahme 12,540 M. und in Ausgabe 529,773 M. auf. Die vom Reichstage bei der Etatsberatung pro 1883/84 abgesetzte Position für einen zweiten Direktor ist nicht wieder eingestellt worden.

Deutschland.

* Berlin, 21. Okt. Bei den Beisehungsfestlichkeiten in Braunschweig wird dem Vernehmen nach Se. Maj. der Kaiser durch Se. Königl. Hoheit den Prinzen Albrecht von Preußen vertreten sein. — Fürst Bismarck ist mit dem Grafen Wilhelm Bismarck heute Nachmittag 4 Uhr 38 Min. hier eingetroffen. — Graf Wartensleben ist zum kommandirenden General des 3. Armeekorps ernannt worden. — Auf Einladung des Polizeipräsidenten werden zwei Vertreter des Aeltesten-Kollegiums

mit dem Polizeipräsidenten zu mündlicher Verhandlung über Bildung einer Gewerbekammer für Berlin zusammenzutreten. Ferner werden vier Mitglieder und der Syndikus des Aeltesten-Kollegiums auf Veranlassung des Handelsministeriums mit diesem über einige Punkte der vom Aeltesten-Kollegium revidirten Börseordnung konferiren.

— Aus gut unterrichteter Quelle wird mitgetheilt: Der Staatsminister v. Bötticher wohnte gestern der ersten Sitzung des Reichs-Versicherungsamts, welche dasselbe in seinen neuen Geschäftsräumen abhielt, bis zum Schluß bei. Die Sitzung galt der Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betr. die den Reichsbeamten und deren Hinterbliebenen bei Betriebsunfällen zu gewährenden Pensionen, Witwen- und Waisengelder. Es bildet dieser Entwurf den letzten unter den der Ausdehnung der Unfallversicherung dienenden Gesetzentwürfen, deren Aufstellung dem Reichs-Versicherungsamt übertragen war und deren weitere Berathung sodann im Reichsamt des Innern stattfindet. Der Entwurf nebst den Motiven gelangte zur Feststellung. Hierbei nahm der Minister von der Lage der auf die Ausführung des Unfallversicherungsgesetzes bezüglichen Arbeiten Kenntniß und konnte ihm die erfreuliche Mittheilung gemacht werden, daß das Betriebs-Anmeldeverfahren seinen Zweck augenscheinlich erreicht habe und die Mehrzahl der höheren Verwaltungsbehörden die zum 15. Oktober fällig gewesenen Verzeichnisse pünktlich eingesandt habe. Heute wird das Reichs-Versicherungsamt in die Berathung des Entwurfs eines Normalstatuts für die Berufsgenossenschaften treten.

— Aus der neuen Ausgabe des Hof- und Staats-Handbuchs geht hervor, daß der Geh. Regierungsrath Dr. v. Eckardt, der vor einigen Jahren aus Hamburg herüber berufen und in der Abtheilung des hiesigen Polizeipräsidenten für politische Polizei beschäftigt worden war, jetzt als Hilfsarbeiter in das Auswärtige Amt versetzt wurde, außerdem ist Graf v. Tattenbach, früher Legationssekretär bei der deutschen Gesandtschaft zu Peking, wo er durch den Legationssekretär Frhn. v. Ketteler ersetzt wurde, als Hilfsarbeiter in das Auswärtige Amt berufen.

— Der frühere Appellationsgerichts-Vizepräsident Julius v. Kirchmann ist gestern Abend 10 Uhr hier in Berlin gestorben. Julius v. Kirchmann wurde geboren 4. November 1802 zu Schaffstädt bei Magdeburg. Er wurde 1848 als Rath am Kammergerichte, im April 1848 zum Abgeordneten in die preussische Nationalversammlung gewählt, in welcher er sich dem linken Centrum anschloß, wurde aber bald zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Ratibor befördert, womit sein Mandat erlosch. Als Abgeordneter des Kreises Tilsit trat er jedoch schon Ende Juli wieder in die Nationalversammlung ein, wo ihn der Gang der Dinge mehr und mehr der Linken zuführte. Im Frühjahr 1849 theilte er sich als Abgeordneter von Ratibor an der preussischen Zweiten Kammer bis zu deren Auflösung. Für die verlorene politische Wirksamkeit suchte er sodann in schriftstellerischer Thätigkeit Ersatz, indem er die „Demokratischen Blätter“ herausgab. Ein Konflikt, in den er 1850 als Gerichtspräsident bezüglich des Prozesses des Grafen Reichenbach wegen dessen Theilnahme am sogenannten Rumpfparlament in Stuttgart mit dem Obergericht geriet, hatte für ihn eine dreimonatliche Amtssuspension zur Folge. Er kehrte zwar in sein Amt zurück, sah sich aber durch verschiedene Anordnungen des Ministers verlegt, so daß er sich einen Urlaub auf fünf Jahre erbat und erhielt. Kirchmann wandte sich hierauf nach Dresden, kaufte sich in dessen Nähe an und betrieb mehrere Jahre hindurch Landwirtschaft. Später widmete er sich philosophischen Studien. Im Jahr 1861 erfolgte in Breslau seine Wahl in das preussische Abgeordnetenhaus, in welchem er sich fortan als hervorragendes Mitglied der Fortschrittspartei an allen bedeutenden Verhandlungen ausregte theilte. Nach Ablauf seines bis 1863 verlängerten Urlaubs trat er wieder sein Amt als Vizepräsident des Appellationsgerichts zu Ratibor an. Jedoch wurde gegen ihn infolge eines im Arbeiterverein zu Berlin 1866 gehaltenen Vortrags über den Kommunismus in der Natur (2. Aufl., Berlin 1872), worin er als eine wesentliche Bedingung zur Lösung der sozialen Frage die Beschränkung der Kinderzeugung entwickelte, die Disziplinaruntersuchung bei dem Obergericht in Berlin eingeleitet und er 1867 seines Amtes ohne Pension entsetzt. Seitdem lebte Kirchmann in Berlin, mit schriftstellerischen Arbeiten, namentlich auf dem Gebiete der Philosophie, auf dem er der realistischen Richtung folgte, beschäftigt. Seit 1868 gab er eine „Philosophische Bibliothek“, d. i. eine Sammlung der Hauptwerke der Philosophie alter und neuer Zeit mit Kommentarien (Leipzig 1868—76, Hest 1—235) heraus. Unter seinen juristischen Schriften sind die über „Das preussische Civilprozeß-Gesetz“ (Berlin 1847), „Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund“ (Eberfeld 1870) und „Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich“ (Eberfeld 1871) hervorzuheben.

Braunschweig, 21. Okt. Die Verordnung, mittelst welcher der Regenthschaftsrath den Landtag des Herzogthums zu einer außerordentlichen Versammlung einberuft, lautet:

Nachdem infolge des am 18. d. Mts. zu Schloß Sybillenort erfolgten Ablebens Sr. Hoheit des regierenden Herrn Herzogs Wilhelm zu Braunschweig und Lüneburg sich der Regenthschaftsrath für das Herzogthum Braunschweig auf Grund des Landesgesetzes vom 16. Februar 1879, Nr. 3, die provisorische Bedienung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerledigung betretend, konstituit und seine Konstituierung nach Vorchrift des gedachten Gesetzes durch die Bekanntmachung vom 18. d. Mts. zur öffentlichen Kenntniß gebracht hat, hat derselbe in Gemäßheit des

dritten Absatzes des § 3 des allgeregten Gesetzes beschlossen, die Landesversammlung behufs verfassungsmäßiger Mitwirkung bezüglich der durch die obwaltenden Umstände etwa weiter gebotenen Schritte auf Donnerstag den 23. Oktober 1884 zu einem außerordentlichen Landtage einzuberufen, und werden daher die Abgeordneten des Landes eingeladen, sich am gedachten Tage Morgens 11 Uhr, im Lokale der Landesversammlung hieselbst einzufinden.

Wie die „Braunschweigischen Anzeigen“ mittheilen, geschieht die Anstellung der Leiche des Herzogs im Gartensaal des Residenzschlosses und ist dem Publikum der Zutritt am Donnerstag und Freitag Morgens von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr gestattet.

Darmstadt, 21. Okt. Der Großherzog ist heute Abend von England zurückgekehrt und begibt sich morgen zum Begräbniß des Landgrafen von Hessen nach Kumpenheim.

Signaringen, 21. Okt. Heute Morgen um 8 Uhr fand eine stille Messe statt, welcher nur die Angehörigen der Fürstlichen Familie beiwohnten, um 9¹/₄ Uhr die Gratulation der allerhöchsten und höchsten Gäste und hierauf der Empfang des Gefolges um 10 Uhr. In der Stadtpfarrkirche wurde Gottesdienst abgehalten. Um 11 Uhr war Empfang der fremden Abgesandten und Deputationen und um 1 Uhr Familiendejeuner im erbpriestlichen Palais. Hunderte von Glückwünsch-Telegrammen und kostbaren Geschenken trafen ein. — Nach dem Dejeuner im erbpriestlichen Palais traten der Kaiser mit dem Fürsten und der Fürstin von Hohenzollern an die geöffneten Fenster im Paterre und wohnen dem Vorbeimarsch der Kriegervereine bei. Jubelnde Zurufe begrüßten den Kaiser und das Fürstliche Jubelpaar. — Nachmittags um 5 Uhr fand die Ceremonie der Trauung statt. Beim Eintritt des Paares in den Saal, wo die Feier stattfand, ertönte Chorgesang. Das Jubelpaar, worin der Kaiser mit den Enkelkindern Aufstellung, dahinter der Kaiser mit der Königin von Sachsen, die übrigen Paare stellten sich rechts und links auf. Die Festrede hielt der Erzabt Maurus von Emaus; den Weihspruch sprach der Bischof Hefele. Nach der Trauung fand Galabinder statt, wobei der Kaiser auf das Jubelpaar, der Fürst von Hohenzollern auf den Kaiser toastete.

± Aus Elsaß-Lothringen, 21. Okt. So weit sich heute übersehen läßt, werden die diesmaligen Reichstags-Wahlen in Elsaß-Lothringen im allgemeinen einen ziemlich stillen Verlauf nehmen. Sämmtliche der 15 ausscheidenden Abgeordneten haben ihre Kandidatur wieder aufgestellt und sind mit vielleicht einer Ausnahme ihrer Wiederwahl vollständig sicher. Gegenkandidaturen sind überhaupt nur in Straßburg und Metz aufgestellt worden. In ersterer Stadt ist es leider nicht gelungen, dem unversöhnlichen Protzler Antoine einen Mitbewerber um das ererbte Mandat entgegenzustellen, der bei der einheimischen Bevölkerung Anhang gefunden und damit Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Der von der eingewanderten Bevölkerung aufgestellten Kandidatur wird hauptsächlich der Charakter einer Fälschungskandidatur des Deutschtums in der Landes-Hauptstadt beigelegt werden müssen. Günstiger ist die Sachlage in Metz. In dem Augenblicke, als die eingewanderten Wähler nach dem Vorgange Straßburgs aus ihrer Mitte einen eigenen Kandidaten aufstellen wollten, trat die liberale Partei mit der Kandidatur Jacques hervor und leitete nicht ohne Geschick den Kampf gegen den Protzler Antoine ein, der nichts für das Land gethan, als dasselbe durch seine unzeitgemäßen Provokationen in Unruhe versetzt habe. Nichts desto weniger wird voraussichtlich Antoine in der Stadt Metz die Mehrheit erlangen, dafür aber auf dem Lande unterliegen. Da nun letzteres der Stimmenzahl nach den Ausschlag gibt, so hat die Kandidatur Jacques alle Aussicht auf Erfolg, zumal dieselbe auch auf die Stimmen der eingewanderten Wähler rechnen darf. Die bis jetzt zur Veröffentlichung gelangten Wahlprogramme sind vorsichtiger Weise in möglichst allgemeiner gehaltenen Ausdrücken und unter ängstlicher Vermehrung alles dessen abgefaßt, was die Kandidaten als „deutschfreundlich“ charakterisiren könnte; erfreulich dabei ist, daß sie mit Ausnahme von Antoine die Theilnahme an den Arbeiten des Reichstages als selbstverständlich ansehen, also die reine Protestation als einen überwundenen Standpunkt betrachten.

Desterreich-Ungarn.

Wien, 21. Okt. Herr Windthorst ist in Smunden beim Herzog von Cumberland eingetroffen.

Peft, 21. Okt. Der Immunitätsauschuß beschloß die Auslieferung Verhoyay's wegen Desraudation und Emerich Szalay's wegen Duellvergehens.

Agram, 21. Okt. Im Landtage inscenirten die Starcevicianer bei Beginn der Sitzung einen Tumult. Der Präsident beantragte die Ausschließung der Abgeordneten, welche die Abhaltung einer Sitzung unmöglich machen, und schloß hierauf die Sitzung. Die Ausschließung von 12 Abgeordneten wurde beantragt.

Schweiz.

Bern, 21. Okt. Der Bundesrath hat zu seinem Bevollmächtigten bei der lateinischen Münzkonferenz Herrn Lardy, den eidgenössischen Gesandten in Paris, und die Baseler Universitätsprofessoren Burckhardt und Bischoff ernannt.

Italien.

Turin, 21. Okt. Der internationale Phyloxera-Kongreß ist gestern durch den Ackerbauminister in Gegenwart des Herzogs von Aosta, der Minister und Präfekten, der Maires, der italienischen und ausländischen Delegirten eröffnet worden. Die Zusammenkunft des Präsidiums ist folgende: Planchon Ehrenpräsident, Targioni Tozzetti Präsident, Cornu, Foix, Sallamanca Vicepräsidenten.

Frankreich.

Paris, 21. Okt. Der Ministerrath trat heute zusammen, um die schwebenden Fragen zu beraten. Die Minister werden heute an den Sitzungen der Bureauz theilnehmen, da in denselben die Wahl der Tonkin-Kommission stattfindet. Eine Erklärung wird seitens der Regierung über die Tonkin-Frage noch nicht abgegeben, weil sich Ferry vorbehält, der Kommission später die nöthigen Aufschlüsse zu geben. — Die Nachricht, daß für den chinesischen Feldzug ein Armeecorps mobilisirt werden soll, ist unrichtig, da General Briere keine Verstärkungen verlangt und, falls solche nöthig werden sollten, dieselben aus der afrikanischen Armee entnommen werden können, ohne daß eine Mobilisirung in Frankreich erforderlich sei. — Nach hier eingegangenen Nachrichten gab es in Oran 6 Choleraopfer.

— Die Kammer genehmigte per Affirmation einen Gesetzentwurf, betreffend die Stiftung besonderer Ordensdecorationen für die Soldaten und Matrosen, welche an den Expeditionen nach Tonkin und China theilnehmen. Riviere beantragte in der Kammer die Mittheilung der Protokolle der Tonkin-Kommission. Ferry bat, diesen Antrag abzulehnen, da die Annahme schwere Unzuträglichkeiten herbeiführen würde. Der Antrag Riviere wurde mit 294 gegen 191 Stimmen abgelehnt. Die Bureauz der Kammer wählte die Tonkin-Kommission. Die Kommission ist fast einstimmig für die Vorbringung höherer Kredite, um die Tonkin-Affaire möglichst bald zu erledigen.

— Der „Temps“ bringt die nachstehende Privatdepesche aus Brüssel, die, wie die früheren gleichfalls in die Form von Telegrammen aus Brüssel gekleideten Nachrichten des Blattes über die Congo-Frage, officiöses Urtheil sein dürfte. „Das Zusammentreten der Konferenz, zu der Deutschland im Hinblick auf die Regelung der Angelegenheiten im westlichen Afrika die Initiative ergriffen hat, scheint nunmehr gesichert. Obwohl England noch einige Auflösungen bezüglich der Nigermündungen verlangt hat, so erachtet man doch als sicher, daß es die Einladung annehmen und sich auf der Konferenz betheiligen lassen wird. Um für diese Konferenz nur noch die allgemeinen Fragen zu lösen, bemüht man sich, die noch offenen Sonderfragen zu lösen, die von den Vertretern der Mächte aufzuwerfen werden könnten, falls sie ungelöst bleiben. Unter diese gehört die Frage der respectiven Rechte Frankreichs und der Association Internationale in der Congo-Gegegend. Es besteht bekanntlich ein Streit über die Grenzen zwischen den beiden Gebieten. Heute acht man daran, zu einer Grenzbestimmung der beiden Territorien durch ein vorgängiges Uebereinkommen zwischen den interessirten Parteien vor Eröffnung der Konferenz zu gelangen. Da sowohl der hauptsächlichste Mitarbeiter des Herrn von Bazzi als auch der ehemalige Chef der internationalen afrikanischen Mission in Europa ist, so soll diese Gelegenheit zur Lösung der eben erwähnten technischen Frage ausgenutzt werden. Das so herzustellende Uebereinkommen würde das vom 23. April erlassene, durch welches die Association sich verpflichtete, Frankreich das Vorkaufsrecht zu gewähren, falls sie auf ihre Unternehmung verzichten wollte. Dieses Uebereinkommen hätte dann noch den Vortheil, daß jede Frage dieser Art von den Verhandlungen der Konferenz ausgeschlossen werden kann. Die Konferenz soll aus ihrem Programm alle Fragen streichen, die sich auf Gebiete beziehen, deren Besitznahme schon erfolgt ist, und sich nur mit Gebieten befassen, die augenblicklich ohne Besitzer sind, sowie auch nur für die Zukunft stipuliren.“

Belgien.

Brüssel, 21. Okt. Der Bürgermeister berief zu Donnerstag das Comité vereinigter Gemeinden ein zur Berathung der Schritte angesichts des Ausfalles der Kommunalwahlen. — Sämmtliche Minister waren Vormittags zum König berufen. Infolge davon zirkulirten Gerüchte von einer Demission des gesammten Ministeriums, welche jedoch unrichtigere Kreise bezweifelten. Dagegen verlautet, daß Jacobs und Wofste aus dem gegenwärtigen Ministerium scheiden und Malou mit der Umbildung des Cabinets beauftragt würde. Regierungsseitig werden alle Nachrichten über eine Demission oder Umbildung des Ministeriums für unbegründet erklärt.

Großbritannien.

London, 21. Okt. Die „Times“ meldet aus Amoy vom 21. d.: Courbet hat die Blockade für alle Häfen Formosas erklärt. Die französische Korvette bei Taiwan wechselte einige Kanonenschüsse mit den Forts und untersuchte alle in der Nähe befindlichen Dampfer. — Für den Herzog von Braunschweig ist Hoftrauer von morgen bis 12. November angeordnet. — Nach einer Reuterschen Meldung nahm England nunmehr die Einladung zur Congo-Konferenz an und wird auf derselben durch den Botschafter Malet und eine zweite, noch nicht ernannte Persönlichkeit vertreten. — Nach offizieller Meldung erhielt Dodson die Pairswürde, Trevelyan wurde zum Kanzler des Herzogthums Lancaster mit einem Sitz im Cabinet und Campbell zum Bannerman und Generalsekretär für Irland ernannt.

Rußland.

Rijghy-Nowgorod, 21. Okt. Die Gerichtsverhandlung gegen die an den Excessen gegen die Juden in Runawino Theilgenommenen wurde heute beendet. Verurtheilt wurden wegen Totschlags 11 zu 12- bis 20jähriger Zwangsarbeit, wegen Raubs 27 zu 1- bis 3jährigem Zuchthaus, 16 zu 2wöchentlichem bis 3jährigem Gefängniß, einer zur Deportation nach Sibirien, 6 zum Arrest und 11 wurden freigesprochen.

Türkei.

Konstantinopel, 21. Okt. Der Sultan hat den neuen östlichen Patriarchen Joachim empfangen und demselben den Großföhrden des Medschidjeordens verliehen. Sodann fand die Inthronisation desselben unter großem Jubel der Bevölkerung statt. — Die Quarantäne für Provenienzen aus Montenegro ist aufgehoben, ebenfalls die auf Provenienzen aus Egypten nach Griechenland, welche in Griechenland Quarantäne haben.

Nordamerika.

Washington, 21. Okt. Die Konferenz zur Feststellung des ersten Meridians nahm eine Resolution an,

daß der mittlere Sonnentag als gemeinsamer Tag gelten und für die ganze Erde mit dem Augenblicke des Eintritts der Mitternacht auf dem ersten Meridian beginnen solle; übereinstimmend mit dem Beginn des bürgerlichen Tages sollen die Stunden von Null bis 24 gezählt werden. Man hofft, daß es bald gelingen werde, es so einzurichten, daß die astronomische und nautische Zeitrechnung überall mit der mittleren Mitternacht beginne. Auf Vorschlag Janssens wurde eine weitere Resolution angenommen, welche die Hoffnung ausdrückt, daß die technischen Studien zur Regelung und Anwendung des metrischen Systems bei der Theilung des Kreises und der Zeit wieder aufgenommen werden, damit man dieses System in allen Fällen, wo es thatsächliche Vortheile biete, anwenden könne. — In der Stadt Karthago im Staate New-York hat ein Brand stattgefunden, durch welchen 160 Gebäude, darunter mehrere Kirchen und Fabriken, zerstört wurden. Die von der Feuersbrunst verbrannten Häuser genügen nicht zur Unterbringung der Bevölkerung. Die durch den Brand verursachten Verluste betragen nahezu eine Million Dollars.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 22. Oktober.

Trotz der im Laufe dieses Jahres stattgehabten erheblichen Vermehrung des Wagenparkes der badischen Bahnen ist infolge des bedeutenden Herbstverkehrs auch jetzt wieder ein solcher Mangel an offenen und gedeckten Güterwagen eingetreten, daß die Verwaltung, welche dem Mangel in anderer Weise nicht zu steuern vermochte, sich veranlaßt gesehen hat, die Frist zur Verladung und Entladung von Wagenladungsgütern für Verloader und Empfänger, die am Stationsorte wohnen, mit Wirkung vom 28. Oktober d. J. bis auf weiteres auf sechs Stunden herabzusetzen. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres darf erwartet werden, daß es mittelst dieser vorübergehenden Maßregel gelingen wird, dem empfindlichen Wagenmangel abzuhelfen, und da diese Wirkung nur dem verkehrtreibenden Publikum selbst zu Gute kommt, so liegt es in dessen eigenem Interesse, die Verwaltung in der Bewältigung ihrer schwierigen Aufgabe durch thunlichstes Entgegenkommen zu unterstützen.

* (Das „Gesetz- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden“ Nr. 39 vom 22. Oktober enthält Verordnungen und Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern über die Haltung des Falschdiebs, über die Ausübung und den Schutz der Fischerei, hier die Verunreinigung von Fischwässern, ferner über das Verkaufen und Falschhalten von Petroleum und den Vollzug des Unfallversicherungs-Gesetzes.

— (Antwort der Welt-Ausstellung.) Der äußerste und nicht mehr weiter erstreckbare Termin zur Anmeldung für die Welt-Ausstellung in Antwerpen rückt immer näher heran. Es ist dies bekanntlich der 15. November d. J. Aus ganz Deutschland haben sich bis jetzt gegen 360 Aussteller angemeldet, von denen auf Baden 10 Proj. entfallen, also jedenfalls eine zur Größe des Landes erhebliche Quote.

× (Die Zahl der Wahlberechtigten) zur Reichstags-Wahl beläuft sich in hiesiger Stadt auf 9291 gegen 8376 im Jahre 1881, also Zunahme 915 Wahlberechtigte.

— Baden, 21. Okt. (Seine Majestät der Kaiser) hat dem „Badeblatt“ zufolge vor seiner Abreise von hier zahlreiche Gnadenbeweise ausgesprochen. Herr Oberbetriebsinspektor Kratt erhielt einen Rubinging, Herr Polizeikommissar Kamm eine Büfennadel, Herr Kapellmeister Könnemann einen Villantring, Frau Wilhelm Mesmer eine Broche. Das städtische Karochefier erhielt ein Geschenk von 250 M., die Dienerschaft des Konversationshauses 150 M., Hauswart Adernann gleichfalls eine namhafte Gratifikation. Die Gendarmerei und Schutzmannschaft erhielten Gratifikationen von 250 und 160 Mark.

* Pforzheim, 21. Okt. (Bürgerversammlung.) — Krankenkassen-Wesen.) Der Bürgerausschuß war auf gestern Abend zu einer Sitzung einberufen. Zur Berathung standen 2 Gegenstände, die Aufnahme einer Anleihe und der Verkauf einer Wiese im Größelthal. Infolge der verschiedenen Schulhaus- und anderer Bauten wurden dem Grundstock 280,000 Mark entnommen, welche Summe wieder zu ersetzen ist; dazu kommt die Feinzahlung der 4¹/₂ Proz. Anleihe, wozu bisher die Gelder aus der Sparkasse entliehen wurden. Um nun nach beiden Seiten hin Rückersatz eintreten lassen zu können, wurde auf Antrag des Stadtraths und unter Theilnahme des Stadtverordneten-Vorstandes beschlossen, eine Summe von 700,000 Mark gegen Inhaberpapiere aufzunehmen. Die Verzinsung soll 4 Proz. und die Amortisation nebst Zinsersparniß 1 Proz. betragen. Das Rückzahlungsrecht soll der Stadt vom 1. November 1894 ab zustehen. Der zweite Gegenstand wurde dadurch erledigt, daß der Stadtrath zum Verkauf einer weiteren Wiese im Größelthal einen Kredit von 450 Mark bewilligt erhielt. — Auf Einladung des Stadtraths fanden sich gleichfalls gestern Abend eine Anzahl Arbeiter und Fabrikanten im großen Rathsaal zu einer Besprechung über das Krankenkassen-Gesetz ein. Für diejenigen Arbeiter, welche noch keiner eingeschriebenen Hilfskasse angehören, handelt es sich darum, ob sie sich für die Gründung einer Ortsklasse oder Gemeindefasse entscheiden. Die Versammlung entschied sich für die Gründung einer Orts-Krankenkasse.

H Tauberbischofsheim, 21. Okt. (Instruktionskursus für Draaniken. — Viehmarkt.) Hr. Münsterchor-Direktor Molitor aus Konstanz hat hier einen Instruktionskursus für Organisten und Chorregenten eröffnet. Die Theilnahme seitens der Organisten und Lehrer anderer Gegenden an diesem Kursus kann eine sehr bedeutende genannt werden, da 48 Herren am Kurse theilnehmen. Am nächsten Montag den 27. d. Mts. wird der Kursus mit einem Kirchenmusik-Fest abschließen. Bei den vortrefflichen Leistungen des Direktors Molitor ist hervorzuheben, um so mehr zu erwarten, als unter den Theilnehmern des Instruktionskursus vortreffliche Musiker sich befinden und wir hier über einen gut geschulten Kirchenchor verfügen. — Der gestrige Viehmarkt war besafhen mit 118 Stück Rindvieh. Der Umsatz war lebhaft, das zeigte der Verkauf von 61 Stück Vieh.

± Aus dem Murgthal, 21. Okt. (Viehdreife und Viehzucht.) Die Viehpreise haben sich dieses Späthjahr ziemlich gleich hoch wie im Sommer erhalten und werden voraus-

nichtlich auch in nächster Zeit nicht bedeutend fallen. Futter ist reichlich vorhanden, darum sind die Landwirthe nicht zum Loschlagen von Wagnervieh gezwungen. Die Viehmärkte in hiesiger Gegend waren in der letzten Zeit nicht sehr lebhaft. Durch Einführung besserer Zuchtmaterialien, hauptsächlich Farren, wurde in den letzten Jahren auch in unserem Thale die Viehzucht sehr gehoben. In einzelnen Gemeinden halten die Landwirthe leider noch allzuwenig auf die Aufzucht guter Zuchtstübe. Die bis zum Alter von 1-2 Jahren aufgezogenen Rinder werden verkauft und der Bedarf an Kühen wird dann einfach beim Händler gedeckt. Wer mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen vertraut ist, weiß aber leider nur zu gut, wie die Kleinbauern, die auf die Kuhhändler angewiesen sind, in den meisten Fällen bedient werden. Vielfach entsteht dann zwischen Händler und Bauer das reinste Tauschgeschäft und bis der letztere ein nur einigermaßen brauchbares Thier in seinem Stalle hat, hat er gewöhnlich eine viel größere Summe Geld auszugeben, als seine Kuh in Wirklichkeit werth ist. Die landwirtschaftlichen Vereine, sowie auch hauptsächlich die Bezirksämter geben sich alle Mühe, diese Zustände zu ändern, und in einzelnen Gemeinden sind auch diese Bemühungen vom besten Erfolge gekrönt, während in anderen die Kleinbauern an dem alten Schlenbrian festhalten und sogar noch behaupten: es wäre gar nicht möglich, daß sie selbst gute Kühe aufzuziehen könnten, man müsse sie eben vom Händler nehmen. In diesen Gemeinden, in denen alles Junavieh verkauft wird, hat auch die Einführung von Schweizerfarren nur einen sehr zweifelhaften Werth, allein man muß ja immer hoffen, daß auch dort einmal eine Aenderung eintreten werde. Die Einführung von Zuchtmaterial der Schwyzer- oder Rigi-Rasse dürfte vor allem für unsere Gegend von großem Werthe sein, da gerade dieser Viehschlag vorzügliche Milchkuhe liefert, für die das Futter unserer Bergevielen sehr geeignet wäre.

*** Unterlauchringen, Amts Waldbut, 20. Okt.** (Bei der hiesigen Bürgermeisters-Wahl) wurde als solcher Mechaniker Dionys Boll gewählt.

*** Vom Bodensee, 17. Okt.** (Landwirtschaftliches.) Der Handel mit Kartoffeln ist im Amtsbezirk Gaagen ein fortwährend lebhafter. In der Gemeinde Dachtlingen wurden diese Rübe zu 2 M. 50-85 Pf. per 100 Kilo abgelassen. Da die Kartoffelfelder heuer durchschnittlich 50-60 Sad per Morgen produzierten, so war ihr Ertrag im allgemeinen lukrativer wie jenes der Kornfelder. — Der aestrige Viehmarkt in Stockach war mit 550 Stück Rindvieh besetzt und lebhafter Kauftrieb bemerkbar. Nicht weniger als 20 Eisenbahn-Waggons — für die Schweiz, Elsaß und Württemberg bestimmt — wurden mit Jungvieh verladen.

*** Konstanz, 21. Okt. (Wasserpest.)** Die unter dem Namen „Wasserpest“ bekannte Pflanze hat sich dieses Jahr auch im hiesigen Hafen angesiedelt. Dieselbe verbreitete sich in kurzer Zeit derart, daß durch sie der Schiffverkehr gehemmt zu werden drohte. In Folge dessen wurde auf Anordnung der Großh. Wasser- und Straßenbau-Inspektion in den letzten Tagen der Hafen von der Pflanze großentheils geläubert. Da jedoch ein einziger im Schlemm zurückbleibendes Stengelstück genügt, um die Pflanze in kurzer Zeit wieder in Menge erscheinen zu lassen, so wird die Säuberung wohl noch öfters wiederholt werden müssen.

*** Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum.** In Freiburg stürzte ein Zimmermann vom Dach etwa drei Meter hoch herab und brach dabei Arme; der Verunglückte wurde in's Spital übergeführt. — In Wiesloch schloß ein 19jähriger Junge sich aus Unvorsichtigkeit mit einer leichten Jagdflinte drei Finger der linken Hand ab. — In Wolterdingen, Amts Donaueschingen, erkrankte sich ein dem Brandweintraube ergebener 51 Jahre alter Dienstknecht aus Honningen. — Aus Hinterzarten, Amts Neustadt, wird berichtet, daß dort der Sohn eines Landwirths verunglückte, als er mit seinem Vater beim Verladen von Holzstämmen beschäftigt war; ein Stamm gerieth in's Rollen und warf den jungen Menschen um; die inneren Verletzungen — Gehirnerschütterung — führten in 10 Tagen den Tod des kaum 20jährigen hoffnungsvollen Sohnes herbei.

Verhandlungen des badischen Städtetages in Heidelberg.

(Schluß.)

Die Stelle des zweiten Gegenstandes der Tagesordnung nimmt ein: Die Befehlung von Gemeindegerichten und Vergleichsbehörden in bürgerlichen Rechtsachen.

Die in neuerer Zeit laut gewordenen Klagen über die Höhe der Gerichtskosten, sowie die Resultate der Erhebungen über die Lage der Landwirthschaft in Baden haben die Großh. Regierung veranlaßt, der Frage näher zu treten, ob nicht

1) einerseits eine Erweiterung der Gerichtsbarkeit der Bürgermeister innerhalb der durch § 14 Bff. 3 des Reichs-Gerichtsverfassungsgesetzes gezogenen Schranken, 2) andererseits aber eine, an diese Schranken nicht gebundene Befehlung derselben als Vergleichsbehörden für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten herbeigeführt werden sollte.

Da einer derartigen Einrichtung aber möglicherweise die damit verbundene Mehrbelastung der Bürgermeister in den Städten hindernd in den Weg treten könnte, haben sich die Großh. Bezirksämter im Auftrage des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts an die Stadträte der größeren Städte hierwegen gewendet.

Es war deshalb dieser Gegenstand auf die Tagesordnung des Städtetags gesetzt worden.

Da aber einige Städte bereits vor Aufstellung dieser Tagesordnung die Sache ihrerseits durch Abgabe ihrer Gutachten erledigt hatten, erfolgte die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung des Städtetags, nachdem die Vertreter dieser Städte mitgetheilt hatten, daß die betreffenden Stadträte dem ersten Punkte (Erweiterung der bürgermeisteramtlichen Gerichtsbarkeit in Rechtsachen bis zu einem Streitwerth von 60 M.) sämmtlich unbedingt, dem zweiten aber nur theilweise zugestimmt hätten.

Den dritten Gegenstand der Tagesordnung bildet: Die Gründung einer Pensionsanstalt für städtische Beamte und Bedienstete bezw. deren Hinterbliebene.

Nachdem schon seit dem vorigen Jahre die Stadträte von Mannheim und Heidelberg sich mit der Gründung von Pensionsanstalten für ihre Beamten, Angestellten und Bediensteten beschäftigt hatten, gelangte diese Frage auf Anregung Mannheims auf die Tagesordnung des Städtetags, um die Ansichten der Städte darüber zu vernehmen, ob eine solche Anstalt alle Städte umfassen oder ob es diesen überlassen werden soll, einzeln in der Sache vorzugehen, und um eventuell die Grundlagen für ein solches Vorhaben festzustellen.

Nachdem der Vertreter Heidelbergs über die von dieser Stadt in der Sache gemachten Erhebungen und über den Stand der

Vorarbeiten berichtet hatte, waren die Vertreter der Städte nun allgemein der Ansicht, es sei bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Städten nicht möglich, ein gemeinsames Statut für eine Pensionsanstalt aller Städte derart anzufertigen, daß auf die Zustimmung aller Gemeindevertretungen zu rechnen sei.

Dagegen sei die Gründung von Gemeinde-Pensionskassen zweckmäßig, nützlich und zugleich im Interesse der Städte selbst gelegen, dieselbe entspräche einem allgemein gefühlten Bedürfnisse und einer billigen Rücksicht auf die Gemeindebeamten, weshalb auch die Städte selbst die Sache in die Hand nehmen und dies nicht den Beteiligten überlassen sollten; selbstverständlich müßten aber die letzteren mit entsprechenden Beiträgen herangezogen werden, während die Gemeinden mit bestimmt fixirten, nicht allzu großen Zuschüssen für die Erhaltung der Kassen eintreten könnten.

Der Vertreter Freiburgs, welcher die Gründung städtischer Pensionskassen dringend empfiehlt, ist gleichfalls der Ansicht, daß die Bildung einer einzigen Pensionskasse für alle Städte sehr schwierig sein werde, auch hätten z. B. die meisten Gemeindebeamten von Freiburg kein Interesse an einer solchen Kasse, weil ihnen durch Verträge die Pensionsberechtigung bereits zugesprochen sei. Dagegen sei die Einführung einer gemeinschaftlichen Unterstützungskasse für die Hinterbliebenen städtischer Beamten und Bediensteten leichter möglich und deshalb die Verhandlungen über beide Klassen getrennt zu führen.

Auf den Antrag Freiburg wird nun einstimmig folgende Resolution beschloffen:

„Der Städtetag bezieht die Gründung von Pensionskassen für die städtischen Beamten und Bediensteten seitens der Städte als wünschenswerth und als im Interesse der Städte selbst gelegen. Er beauftragt deshalb die Städte Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim, geeignetes Material zu sammeln, dasselbe zusammenzustellen, zu vervielfältigen und nebst den erforderlichen Berechnungen der erwähnten drei Städte an die Verwaltung der übrigen Städte gelangen zu lassen. Den letzteren bleibt dann überlassen, ihrerseits in der Sache weiter vorzugehen und ihre Meinungen darüber zu äußern, ob nicht eine gemeinsame Unterstützungskasse aller Städte für die Witwen und Waisen der städtischen Beamten zu gründen sei.“

Hiermit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung, welche die Städtevertreter am 18. Oktober von Morgens 9 bis Abends 5 Uhr beschäftigte, abgeschlossen.

Hieran reihte sich am 14. Oktober eine geheime Sitzung, welche von Morgens 9 bis Nachmittags 1 Uhr währte und bei welcher alle Städte, mit Ausnahme von Forzheim, vertreten waren. Dieselbe galt der Besprechung der beizuliegenden Städte über Schulachen, insbesondere über:

a. das Präsentationsrecht der Städte auf die Hauptlehrerstellen an den erweiterten Volksschulen und b. die neuen Satzungen für die Realschulen (höheren Bürgerschulen).

Die Besprechung über den ersterwähnten Gegenstand führte zu der einstimmig angenommenen Motion:

„Der Städtetag spricht sich dahin aus, daß die Befugnis der Gemeinden zur Präsentation sämmtlicher Hauptlehrer an erweiterten Volksschulen eine durch § 102 des Elementarunterrichtsgesetzes gewährleistete Berechtigung ist, an welcher die Städte auch künftighin grundsätzlich und unbedingt festhalten werden.“

Zum Schluß der Verhandlungen wurde die Stadt Bruchsal zum Vorort für den nächsten Städtetag gewählt.

Theater und Kunst.

*** (Großh. Hoftheater.)** In Karlsruhe. Donnerstag den 23. Okt. 111. Ab.-Vorst.: Der Witz, Oper in 3 Aufzügen, nach dem Französischen von Friederike Elmreich. Musik von Sal.-bb. Anfang 7/7 Uhr.

Freitag den 24. Okt. 112. Ab.-Vorst.: Die Welf — die Wabingien, Vaterländisches Schauspiel in 5 Akten von Eduard Tempelky. Anfang 7/7 Uhr.

Herbstberichte.

Lauda. Die Weinlese ging am 20. zu Ende, Qualität 75-80 Gr. nach Decksle, Quantität über Erwarteten. Verkäufe sind abgeschlossen zu 30-33 M. pro 100 Liter und ist noch viel zu haben, daher Käufer sehr erwünscht. — Hochhausen, Amts Tauberbischofsheim. Heute, am 21. hat die Weinlese ihr Ende genommen. Es gibt viel Wein. Es wurde Most verkauft von 26-30 M. per Hektoliter, rothe Beeren zu 27 M.

Wetterkarte vom 22. Oktober, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Das ganze Gebiet steht unter dem Einflusse einer Anticyclone, deren Kern über dem westlichen Deutschland liegt, daher ist bei meist schwacher Luftbewegung das Wetter vorwiegend heiter und trocken. Nur über Nord- und Ost-Centraluropa herrscht meist noch trübe Witterung. Die Wärmeverhältnisse sind von der Bewölkung abhängig und daher sind über Frankreich und Süddeutschland, wo der Himmel fast wolkenlos ist, die Morgentemperaturen erheblich herabgegangen, nennenswerthe Niederschläge waren nicht gemeldet.

Verschiedenes.

— **Wien, 19. Okt.** (Zubiläum der „Concordia“.) Der heutige Tag gehört der hiesigen Presse und allen an ihr Beteiligten als solchen, denn heute sind es 25 Jahre, seitdem der hiesige Journalisten- und Schriftstellerverein „Concordia“ gegründet wurde, welcher Tag begreiflicherweise von dem Vereine feilich begangen wird. Daß aus diesem Anlasse zahllose Beglückwünschungen eingelangt sind, versteht sich von selbst. Nicht bloß von hiesigen Vereinen sind solche durch Deputationen überbracht worden, auch aus dem Auslande sind Delegirte eingetroffen. Die feierliche Ueberreichung der Adressen erfolgte gelegentlich der heute Mittag veranstalteten außerordentlichen Generalversammlung, die fast sämmtliche Vereinsmitglieder und zahlreiche Gäste im großen Saale der Akademie der Wissenschaften vereinigte. Nachdem der Männer-Gesangverein ein von Ludwig Angenauer für diesen Zweck gedichtetes und von Eduard Kremer in Musik gesetztes „Weilich“ vortragen, hielt der Präsident des Vereins, Ritter v. Weilen, eine stimmungsvolle Festrede. Hierauf hielt der Bürgermeister der Stadt Wien, Herr Uhl, eine Ansprache, die von dem Präsidenten ebenso wie die Reden der Führer der erschienenen Deputationen beantwortet wurde. Es waren solche Deputationen erschienen aus Pest und München und von hier feierten der Hoftheater, der Hofopernbühnen, des Männer-Gesangvereins, des Musikvereins etc., die sämmtlich durch ihre Leiter vertreten waren. Den Schluß der Feier bildete das von dem Männer-Gesangvereine vortragene Mozartsche Bundeslied: „Brüder reicht die Hand zum Bunde!“ An die Festfeieranschluß wird sich Abends ein Bankett anschließen, welchem ein von Eduard Mautner gedichteter und von Soanenthal vorgetragener Prolog vorangehen wird.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 22. Okt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt, sie wolle heute nicht auf die rechtliche Seite der braunschweigischen Thronfolge-Frage eingehen, welche der Entscheidung des Bundesraths unterliegt, sondern auf die politische Seite, welche die gebachte Frage durch das Verhalten der hannoverschen Welfenpartei gewonnen habe. Das Blatt sagt darüber: in politischer Hinsicht dürfte man sich nicht über die Gefahren täuschen lassen, welche dem Reiche drohen würden, wenn ein Anhänger der Welfenpartei als Herzog von Braunschweig souveränes Reichsmittglied würde. Die landesherrlichen Rechte, die er als solcher auf einen bestimmten Bezirk ausübt, würde er benutzen, um seinen Hof zum Krystallisationspunkt für die welfischen Untriebe hinzugeben und unter herzoglich braunschweigischer Autorität die Mittel vorzubereiten, um die Pläne der Welfenpartei zu verwirklichen, sobald anderweitige Komplikationen des Deutschen Reiches den Moment dazu günstig erscheinen lassen. Das Programm und die Ummöglichkeit verfest, diesen Bestrebungen einen archimedischen Punkt zu gewähren, wie ihn die Residenz eines souveränen Parteimitgliedes in Braunschweig geben würde.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standebuch-Register.
Eheaufgebote. 21. Okt. Dm. Silberkimer, Schlosser von hier, mit Anna Epple von hier. — 22. Okt. Gustav Beck von Hohenheim, Schlosser hier, mit Anna Reuter von Bruchhausen. — Franz Gebhard von Griesheim, Schlosser hier, mit Maria Dofenbach von Rheinweiler.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Oktober	Barom. mm	Thermom. in C.	Absolute Feucht. in mm	Relative Feucht. in %	Wind.	Himmel.
21. Nachts 9 Uhr	758.7	+6.0	6.4	91	NE	Klar
22. Morgs. 7 Uhr	757.6	+3.5	5.4	92	NE	bedeckt
„ Mittags 3 Uhr	755.9	+13.0	6.6	59	NE	bedeckt

Wasserstand des Rheins. Mannheim, 22. Okt., Morgs 3.08 m, gefallen 2 cm.

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 22. Oktober 1884.

Staatspapiere.		Bauaktien.	
4% Reichsanleihe 103 ^{1/2}	148 ^{1/2}	Reichsbahn	148 ^{1/2}
4% Preuss. Consol. 103 ^{1/2}	146 ^{1/2}	Bayr. Staatsbahn	146 ^{1/2}
4% Baden in fl.	154 ^{1/2}	Württemberg	154 ^{1/2}
4% „ i. Met. 102 ^{1/2}	209 ^{1/2}	Bad. Landesbahn	209 ^{1/2}
4% Oest. Goldrent. 86 ^{1/2}	113 ^{1/2}	Bad. Landesbahn	113 ^{1/2}
4% „ Silber. 68 ^{1/2}	171 ^{1/2}	Bad. Landesbahn	171 ^{1/2}
4% Ungar. Goldr. 77 ^{1/2}	93 ^{1/2}	Bad. Landesbahn	93 ^{1/2}
1877er Russen 95 ^{1/2}	118 ^{1/2}	Bad. Landesbahn	118 ^{1/2}
II. Orientanleihe 60 ^{1/2}	168.10	Bad. Landesbahn	168.10
Italiener 95 ^{1/2}	90.37	Bad. Landesbahn	90.37
Ägypter 61 ^{1/2}	80.81	Bad. Landesbahn	80.81
Banken.		Wien.	
Kreditaktien 288 ^{1/2}	166.90	Kreditaktien	287.80
Disconto-Komm. 196 ^{1/2}	16.20	Staatsbahn	504.50
Basler Banker. 184 ^{1/2}	3 ^{1/2}	Marknoten	59.85
Darmstädter Bank 152 ^{1/2}	79 ^{1/2}	Leibenz. fest.	—
Wien. Bankverein 86 ^{1/2}	144	Leibenz. flott.	—
Bauaktien.		Halle.	
Staatsbahn 252 ^{1/2}	289 ^{1/2}	Staatsbahn	252 ^{1/2}
Lombarden 124 ^{1/2}	124 ^{1/2}	Lombarden	124 ^{1/2}
Galizier 226 ^{1/2}	—	Galizier	—
Berlin.		Wien.	
Dest. Kreditakt. 480.—	—	Kreditaktien	287.80
„ Staatsbahn 504.50	—	Marknoten	59.85
Lombarden 251.—	—	Leibenz. fest.	—
Disco.-Comman. 196.70	—	Leibenz. flott.	—
Laubhütte 103.—	—	Laubhütte	109.13
Dortmunder 68.20	—	Spanier	60 ^{1/2}
Marienburg 80.90	—	Ägypter	314
Böhm. Nordbahn —	—	Ottomane	573
Leibenz. —	—	Leibenz. —	—

Gesucht wird ein Hausdiener

von einem alleinstehenden Kaufmann zum alsbaldigen Eintritt. Derselbe erhält Logis und Frühstück im Hause. Die Obliegenheiten bestehen im Reinigen und Instandhaltung der Wohnung und Bureau, sowie den erforderlichen Ausgängen. Es wollen sich jedoch nur sehr brave nüchterne Bewerber mit guten Empfehlungen melden, und zwar schriftlich mit Gehaltsansprüchen unter Nr. W. 6712b. an Haasenstein & Vogler in Mannheim. R. 249.1.

An edle Menschenfreunde!
Eine ältere Dame nebst Tochter aus guter Familie, welche durch unerwartete Schicksalsschläge um den größten Theil ihres Vermögens gekommen sind, bitten edelthunende Menschen um ein Darlehen von 800-900 Mk. bei pünktlicher Rückzahlung in Raten. Gest. Off. unt. G. 1110a. nehmen Haasenstein & Vogler, Waldstraße 36, entgegen. R. 252.

Stelle-Gesuch.

Eine gebild., sehr gut empfohlene Dame sucht zur Führung des Haushaltes Stellung b. ein. einzel. Herrn, alten Ehepaar od. einzel. Dame. Dieselbe ist in der Wirtsch. erfah., sanften Charakters, musikalisch und im Vorlesen geübt. Gest. Offerten bef. man zu richt. D. D. 1854 an die Expedition d. Bl. J. 486.

W. Finckh's Nachf. Eugen Dahlemann,
Karlsruhe, empfiehlt sein Lager in Prof. Dr. Jäger's Achten

Normal-Artikeln

als:
Hemden, Hosen, Unterjacken, Socken, Handschuhe, Cachenez, Taschentücher, Pulswärmer, Cravatten, Hosenträger, Hüte, Mützen, Schlaf- und Reisdecken, Stiefel etc. etc.
Sämmtliche Artikel zu Fabrikpreisen.
Alle übrigen nichtlagernden Artikel werden promptest besorgt.
NB. Jedes Stück ist mit dem Stempel des Hrn. Prof. Dr. Jäger versehen. J. 438.2.

Für eine landwirthschaftl. Maschinenfabrik (Spec. Häckelmaschinen) wird ein zuverläßiger

Buchhalter

gesucht. Derselbe hat neben der Buchführung auch kleinere Reisetouren zu machen. Verheirathete erhalten den Vorzug. Offerte mit Gehaltsansprüchen erbittet man unter L A 1885 postlagernd Durlach. J. 488.

Wein-Verkauf.

Circa 60 Hektoliter 1882er und 1884er
Staufener Schloßberger sind zu verkaufen! Näheres bei der von Reisinger'schen Güterverwaltung in St. Trudbert bei Staufen, Eisenbahnstation Krozingen, oder bei Kaiser Müller in Staufen. J. 484.1.

Bürgerliche Rechtspflege.

Aufgebot.
J. 450.2. Nr. 9788. Weinheim. Das Großh. Amtsgericht Weinheim hat unterm heutigen folgenden Aufgebot erlassen:

Graf W. v. Wiser in Leutershausen besitzt auf Gemarkung Leutershausen etwa 2 Viertel Weibern im hinteren Kahlberg, begrenzt von Martin Seidel, P. ter Dör Witwe u. Anwender. Beim Abmangel jeglichen Eintrags bezüglich der Eigenschaft sowohl, als des im Jahr 1833 stattgehabten Kaufs von den Erben des + Wurzelatübers Adam Kip in Grund- und Pflandbuche hat das Großh. v. Wiser'sche Rentamt Leutershausen das Aufgebotsverfahren beantragt und werden demgemäß alle diejenigen, welche an der bezeichneten Eigenschaft in den Grund- und Pflandbüchern nicht eingetragen, auch sonst nicht bekannte dingliche, oder auf einem Stammguts- oder Familiengutsverband beruhende Rechte zu haben glauben, aufgefordert, solche spätestens in dem auf

Dienstag den 30. Dezember d. J., Vormittags 9 Uhr, vor Großh. Amtsgerichte Weinheim bestimmten Aufgebotsstermine anzumelden, andernfalls die nicht angemeldeten Ansprüche für erloschen erklärt würden. Weinheim, den 14. Oktober 1884. Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts: Fahländer.

Neue Papier-Manufaktur Strassburg i. E.

Bilanz vom 30. Juni 1884.

Activa:	
Actien-Emissions-Couto	M. 250.000,—
Anlage Conti	719.773,12
Cassa und Wechsel	54.869,46
Material-Vorräthe	191.863,60
Papier-Vorräthe	26.470,30
Debitoren in laufender Rechnung	466.389,86
	M. 1.709.366,34
Passiva:	
Actienkapital	M. 1.000.000,—
Obligationen	200.000,—
Amortisationen	280.185,42
Reserven	96.808,95
Rechnungs-Rückstände	25.581,25
Creditoren in laufender Rechnung	34.241,71
Lantienem-Couto	6.396,20
Gewinn- und Verlust-Couto:	
Vortrag von alter Rechnung	M. 2.203,88
Erträgniß von 1883/84	63.948,93
	66.152,81
	M. 1.709.366,34

Strassburg, den 18. Oktober 1884.

Der Vorstand:
F. Grobe.

Kaiser - Wilhelms - Universität in Strassburg.

Einweihungs-Feier vom 26.—28. Oktober 1884.

Restauration zum „Lannenzapfen“ Kleber-Platz Strassburg.

Frühstücke, Diners zu festen Preisen und nach der Karte. Vorzügliche Küche und ansehnliche Weine. Mäßige Preise. R. 225.2.

J. 376.2. Freiburg i. Br.

Wollene Bettdecken.

Wir empfehlen wieder wie jedes Spätjahr eine große Parthie wollener Bettdecken

in bunt, weiß u. roth, mit kleinen unbedeutenden Fabrikfehlern behaftet, die wir zu außerordentlich billigen Preisen abgeben können.

Auf Verlangen Auswahlendung.

J. H. Kapferer & Sohn, Freiburg i. Br., Münsterplatz.

Große rothe Bettdecken, rein wollene u. echtfarbig per Stück M. 7.

Neubau

der Mannheimer Versicherungsgesellschaft.

Die Steinmeharbeiten für den im Frühjahr 1885 zu beginnenden Neubau der Mannheimer Versicherungsgesellschaft sollen im voraus im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.

Die näheren Bedingungen, Zeichnungen und Angebote sind im Bureau des Herrn Professor Hunschli in Zürich, bezw. des Herrn Architekten Rabich in Mannheim, O. 8 Nr. 1, täglich von 10 bis 12 Uhr einzusehen.

Die Offerten sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen im Bureau der Gesellschaft — Harmoniegebäude, portiere — bis zum 31. Oktober, Mittags 12 Uhr, einzuliefern, mit welchem Schlußtermin die Eröffnung der eingelaufenen Gebote erfolgen wird. J. 468.2.

J. 487. Gemeinde Warlen, Amtsgerichtsbezirks Offenburg.

Öffentliche Aufforderung

zur Erneuerung der Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten.

Diejenigen Personen, zu deren Gunsten Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten länger als 30 Jahre in den Grund- und Unterpfandsbüchern der Gemeinde Warlen mit Goldschmied und Ritterberg, Amtsgerichtsbezirk Offenburg,

eingeschrieben sind, werden hiermit auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1860, die Vereinigung der Grund- u. Unterpfandsbücher betr. (Reg.-Bl. S. 213), und des Gesetzes vom 28. Januar 1874, die Mahnung bei dieser Vereinigung betr. (Gesetz- und V.-Bl. S. 43), aufgefordert, die Erneuerung derselben bei dem unterfertigten Gewähr- oder Pfandgerichte unter Beobachtung der in § 20 der Vollzugsverordnung vom 31. Januar 1874 (Gesetz- und V.-Bl. S. 44) vorgeschriebenen Formen nachzuweisen, falls sie noch Ansprüche auf das Fortbestehen dieser Einträge zu haben glauben, und zwar bei Vermeidung des Rechtsnachtheils, daß die

innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden. Dabei wird bekannt gemacht, daß ein Verzeichniß der in den Büchern genannter Gemeinde seit mehr als dreißig Jahren eingeschriebenen Einträge in dem Gemeindebaue zur Einsicht offen liegt. Warlen, den 20. Oktober 1884.

Das Gewähr- und Pfandgericht: A. Fedrenbach, Bürgermeister.

Aufgebot.
J. 482.1. Nr. 20,659. Freiburg. Vor Großh. Amtsgerichte Freiburg wurde heute verkauft:
Auf Antrag des Franz Sales Wiesler, Bauer in Oberried, welcher durch Verlassenschaftsverhandlung auf Ablass seiner Mutter, Kathias Wiesler Ehefrau von Oberried, und durch Vermögensübergabe seines am 24. Februar d. J. verstorbenen Vaters, Kathias Wiesler von dort, folgende Liegenschaften besitzt:

- A. In der Gemarkung Oberried:
 - I. Ein zweiflügeliges, von Holz erbautes Wohnhaus mit Scheuer und Stall unter einem Dache, Haus Nr. 11, nebst angebautem Schopf und Schweinehof. Ein von Stein erbautes Wasch- und Badhaus. Eine von Holz erbaute Mahlmühle. Hausgarten, Hausader, Wiesen und Weide, zusam-
- B. In der Gemarkung St. Wilhelm:
 - IV. Von der sogenannten Erlbacher Weide, bestehend in einem Haus Nr. 28:
 - a. ein zweiflügeliges Wohnhaus u.

Delonomiegebäude mit angebautem Schopf;
b. eine einflügelige Viehhütte; ferner Kraut- und Hausgarten 45 Ruthen, Acker, Wiesen, Weidfeld und Wald im Langimmenwald, zusammen 118,87 a 65 qm, St. R. Nr. 119 bis 129 ungetheiltes Zwölfstel.

V. Eigener Wald aus früherer Theilung unter den Erlbacher-Genossenschaftsgüterbesitzern:
a. 2 Morgen Wald im Kreuzbrunnen, neben Kirnenmartins-hof und Althofshof;
b. 5 Morgen Wald in Sommerhalten, neben Graf Ragened's Maierhof und Wehrhof;
c. 5 Morgen Wald allda, neben Gerberhof und Schneehof —

ergibt das Aufgebot an diejenigen Personen, welche in den Grund- und Unterpfandsbüchern nicht eingetragene dingliche oder auf einem Stammguts- oder Familiengutsverbande beruhende Rechte an den genannten Liegenschaften besitzen, solche bis zum Termine vom Samstag dem 13. Dezember d. J., Morgens 10 Uhr, anzumelden, widrigenfalls die nicht angemeldeten Ansprüche für erloschen erklärt würden.

Freiburg, den 16. Oktober 1884. Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts: Baaner.

Konkursverfahren.
J. 473.2. Nr. 20,767. Freiburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Karl Lindenlaub von Thengen wurde heute nach erfolgter Schlußvertheilung von Gr. Amtsgerichte dahier aufgehoben.

Freiburg, den 16. Oktober 1884. Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts: Baaner.

J. 483. Nr. 10,403. Radolfzell. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des + Steinbauers Josef Eugener von Radolfzell wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins von Gr. Amtsgericht hier selbst aufgehoben.

Radolfzell, den 20. Oktober 1884. Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts: Häusler.

Erbeinweihung.
J. 490. Nr. 16,655. Billingen. Das Großh. Amtsgericht Billingen hat unterm heutigen beschloffen:

Da auf die dreifache Aufforderung vom 5. August d. J., Nr. 12,534, keinerlei Einsprache erhoben worden ist, wird die Blausius Fräulein Witwe, Babette, geb. Partenschlager von hier, in Besitz und Gewahr der Verlassenschaft ihres + Ehemannes eingesetzt. Billingen, den 20. Oktober 1884. Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts: Huber.

Erboerladungen.
R. 230.1. Adelsheim. Valentin Grobe, gebürtig von Demsbach, ist am Nachlaß seiner Mutter, Valentin Grobe Witwe, Pefilbis, geb. Schnitzler von da, miterbberchtigt.

Der Aufenthalt desselben ist nicht bekannt und wird er zu den Theilungsverhandlungen und Empfangnahme der Erbschaft mit Frist von drei Monaten und dem Bedeuten geladen, daß er, wenn der Ladung keine Folge gegeben wird, bei der Theilung übergangen wird. Adelsheim, den 13. Oktober 1884. Großh. Notar Kury.

R. 243.1. Adelsheim. Johann Holzwarth von Adelsheim ist am Nachlaß seines Vaters, Georg Holzwarth von da, erbberchtigt.

Der Aufenthalt desselben ist nicht bekannt und wird er zu den Theilungsverhandlungen und Empfangnahme der Erbschaft mit Frist von drei Monaten und dem Bedeuten geladen, daß er, wenn der Ladung keine Folge gegeben wird, bei der Theilung übergangen wird. Adelsheim, den 18. Oktober 1884. Großh. Notar Kury.

Etrafrechtspflege.

Ladung.

R. 236.2. Nr. 17,494. Konstanz. Bierbrauer Karl Mecker, geb. am 3. August 1863 zu Donaueschingen, zuletzt wohnhaft daselbst, wird zur Hauptverhandlung über die gegen ihn erhobene Anklage: als Wechpflüchtiger in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des k. k. Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß des Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militärfähigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben.

Vergehen gegen § 140 Biff. 1 St. G. B. auf
Mittwoch den 3. Dezember 1884, Vormittags 8^{1/2} Uhr, vor die Strafkammer II des Großh. Landgerichts Konstanz mit der Warnung geladen, daß im Falle ihres unentschuldigtem Ausbleibens zur Hauptverhandlung werde geschritten und er auf Grund der in § 472 St. G. B. bezeichneten Erklärung werde verurtheilt werden.

Konstanz, den 18. Oktober 1884. Der Großh. Staatsanwalt: Kürzer.

Bekanntmachung.

Die mit einem Anfangsgehalt von 1400 Mark ausgestattete Buchhalterstelle an einer der Centralstrafanstalten des Landes ist alsbald, zunächst provisorisch, mit einem Finanzpraktikanten oder Finanzassistenten, eventuell mit einem handelswissenschaftlich auf einer Handelsschule und praktisch vollständig durchgebildeten jungen Kaufmann zu besetzen; Meldungen, mit entsprechendem Zeugnisse belegt, sind sofort bei dem Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts einzureichen.

Bei besonderer Befähigung und Leistung im Gewerbe- und Rechnungswesen ist nach Umständen auch die spätere Beförderung auf eine Staatsdienestelle ermöglicht.

Karlsruhe, den 17. Oktober 1884. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts. Der Ministerialdirektor: v. Schried. Trunzer.

R. 254. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Bekanntmachung.

Wegen des durch den gesteigerten Güterverkehr veranlaßten empfindlichen Wagenmangels wird die Frist zur Verladung und Entladung von Wagenladungs-gütern für Versender und Empfänger, die an Stationen wohnen, mit Wirkung vom 28. Oktober bis auf Weiteres auf sechs Stunden herabgesetzt.

Karlsruhe, 22. Okt. 1884. General-Direktion.

R. 253. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Zum niederländisch-südwestdeutschen Gütertariff Nr. VI vom 1. Februar 1884 — Verfahr mit Baden — gelangt am 1. November cr. der Nachtrag II, neben Berichtigungen u. Ergänzungen Frachtsätze für die neu einbezogene Station Hausen-Raitbach, sowie ermäßigte Frachtsätze für den Verfahr mit Heidelberg enthaltend, zur Einführung.

Exemplare des qu. Nachtrages werden zum Preise von 0,10 M pro Stück abgegeben.

Karlsruhe, den 22. Oktober 1884. General-Direktion.

R. 251.1. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die Lieferung der für das Jahr 1885 erforderlichen

Werkstoffe- und Betriebsmaterialien 1. u. 2. wozu: Holzgeräthe, Holzmaterialien, Bürsten und Belen, Seilerwaren, Lederwaren, Gewebe und Posamentierwaren soll im Soumissionenwege vergeben werden.

Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens bis

Donnerstag den 30. Oktober d. J., Vormittags 10 Uhr,

bei uns einzureichen. Die Lieferungsbedingungen und das Verzeichniß der zur Verabreichung gelangenden Materialien werden auf portofreie Anfrage von uns abgegeben.

Musterstücke liegen in unserem Versteigerungslokal auf. Eine Zulassung der Muster findet nicht statt.

Karlsruhe, den 21. Oktober 1884. Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

Rutzholzversteigerung.

R. 250. Die Großh. bad. Bezirksforstei Staufen im Breisgau versteigert aus Domänenwald Prälatenwald im sog. Diebelbach und Ridenbach, Abth. 4 und 12, Montag den 27. Oktober, früh 10 Uhr, im Gasthause zum Hof in Unterminsterthal ca. 190 Festmeter Tanne-Rutzholz auf dem Stode.

Das Holz wird auf Kosten des Domänenamts gelassen, in jeder Abtheilung nur in einem Lose ausgedoten. Jeder Steigerer hat zwei annehmbare Bürgen und Selbstschuldner mitzubringen, welche mit ihm das Protokoll unterschreiben. Die näheren Bedingungen können hier eingesehen, oder gegen Zahlung der Kopialien von hier bezogen werden. Waldlütler Ortlieb in Unterminsterthal zeigt das Holz auf Verlangen vor.

J. 485. Bretten. Ein in den Anzeigebeständen eines Gerichtsnotars erfahrener und mit guten Zeugnissen versehenen Gehilfe findet sogleich Stellung bei dem Unterzeichneten. Näheres mündlich. Bretten, 21. Oktober 1884. Großh. bad. Amtsgericht. Gerichtsnotar: Aropf.

(Mit einer Beilage.)